

Pressemitteilung VBE

Berlin, 19.03.2024
PM 12_24

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
M.+ 49 151 - 61 54 67 63
www.vbe.de

Gewalt gegen Lehrkräfte endlich ernst nehmen!

Tomi Neckov, stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), kritisiert die Politik für ihre mangelnde Initiative gegen Gewalt gegen Lehrkräfte. Zudem seien viele Schulen nicht mit einem Amokalarm ausgestattet, um Schülerinnen und Schüler sowie das Personal an den Schulen im Notfall zu warnen. Er fordert, dass Gewaltvorfälle an Schulen endlich bundesweit und einheitlich erfasst werden und die Politik für Sicherheit an Schulen sorgt.

Neckov: „Der VBE begleitet das Thema schon seit geraumer Zeit. Auch unsere repräsentativen Umfragen unter Lehrkräften und Schulleitungen, die wir seit 2016 in regelmäßigen Abständen durchführen, bestätigen einen Anstieg der Gewalt an unseren Schulen. Wir sehen allgemein eine Verrohung des Miteinanders und der Umgangsformen. Ebenso sehen wir den zunehmenden Rechtsruck und die damit verbundene Gewalt als eine zunehmende Gefahr für unsere Demokratie. All diese gefährlichen Entwicklungen müssen wir in einem gesamtgesellschaftlichen Kraftakt anpacken, anstatt nur auf die Schulen zu zeigen. Allerdings betrifft diese Herausforderung nicht nur die Schulen, sondern unsere gesamte Gesellschaft. Wir alle müssen Verantwortung für eine angemessene Sprache und Reaktion im täglichen Miteinander übernehmen. Besonders die Coronapandemie hat zu einer Verhärtung der gesellschaftlichen Fronten geführt, die sich immer weiter fortsetzt. In der Zeit nach der Wiedereröffnung der Schulen kam es immer wieder zu Vorfällen, in denen Lehrkräfte und Schulleitungen Opfer von Gewalt wurden, nur weil sie die staatlich angeordneten Hygienemaßnahmen umsetzten. Damals kam es auch vermehrt zu Übergriffen von Menschen, die in keiner Verbindung zur Schule standen.“

Neckov fordert von der Politik:

„Die Politik muss entschlossen handeln, statt halbherzig erschrocken zu sein. Dafür braucht es beispielsweise die Unterstützung multiprofessioneller Teams, um insbesondere dort, wo die Herausforderungen am größten sind, präventiv arbeiten zu können. Es ist die Pflicht der Politik, sich schützend vor Lehrkräfte und Schulleitungen zu stellen und die Unversehrtheit aller an Schule beteiligten Personen sicherzustellen. Es kann nicht sein, dass 34 bzw. 30 Prozent der Schulleitungen in unserer letzten Umfrage angaben, dass das Schulministerium oder die Schulverwaltung sich des Themas nicht ausreichend annehmen würden und 19 Prozent zurückmeldeten, dass die Meldung von Gewaltvorfällen von den Schulbehörden nicht gewünscht sei.

Johannes Glander
Pressereferent des VBE
presse@vbe.de

Der VBE ist eine der beiden großen Bildungsgewerkschaften in Deutschland. Er vertritt ca. 164 000 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bundesländern.

VBE Landesverbände

VBE Baden-Württemberg
BLLV Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband
VBE Berlin
BPV Brandenburgischer Pädagogen-Verband
VBE Bremen
VBE Hamburg im DLH
VBE Hessen
VBE Mecklenburg-Vorpommern
VBE Niedersachsen
VBE Nordrhein-Westfalen
VBE Rheinland-Pfalz
SLLV Saarländischer Lehrerinnen- und Lehrerverband
SLV Sächsischer Lehrerverband im VBE
VBE Sachsen-Anhalt
VBE Schleswig-Holstein
tlv thüringer Lehrerverband

Es gehört zur Fürsorgepflicht des Dienstherrn, dass er seine Beschäftigten schützt und derartigen Meldungen nachgeht. Wenn Vorgesetzte sich der Gewalt gegen Lehrkräfte nicht ausreichend annehmen, ist das in meinen Augen ein Dienstvergehen.“

Angesichts von Meldungen, wonach es keine aktuellen bundesweiten Zahlen zu Gewaltvorfällen aus den Bundesländern gäbe, ergänzt Neckov:

„In der aktuellen Debatte zeigt sich einmal mehr, dass die Politik das Ausmaß des Problems gar nicht einschätzen kann, da es weiterhin an aktuellen und bundesweit erhobenen Zahlen mangelt. Hier braucht es dringend bundeseinheitliche statistische Erfassungen, die in regelmäßigen Abständen proaktiv von der Politik veröffentlicht werden.“

Nach jüngsten Ereignissen von Gewalt an Schulen, bei denen sich eine Person Zutritt verschaffte, stehen außerdem fehlende Warnsignale in der Kritik. Der stellvertretende Bundesvorsitzende dazu: „Der Amokalarm fehlt noch immer an vielen Schulen. Es ist ein Unterschied, ob ein Feuer ausbricht und die Schülerinnen und Schüler sich außerhalb des Schulgebäudes in Sicherheit bringen müssen, oder ob es wie im Falle eines Amokverdachts oder -vorfalls, angeraten ist, im Gebäude zu verbleiben.“